Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 356. Sonntag den 22. December 1889. 83. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Holz-Auction.

Montag, den 30. December d. J., sollen in Abtheilung 2 des Burgauer Forstreviers **hinter den Militairschießständen,** dicht an der Fluthrinne und den Lützschenaer Wiesen

15	Raummeter	Eichen-Nutzscheite (I. und II. Cl.)	
207	"	Eichen-	Brennscheite und
11	"	Buchen-	
79	"	Rüstern-	
4	"	Ellern-	
35	"	Linden-	
10	"	Eschen-	
1	"	Aspen-Rollen	

unter den öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: Vormittags 9 Uhr auf dem obigen Schlage.

Leipzig, den 14. December 1889.

Des Raths Forst-Deputation.

In Gemäßheit des §. 1 der Vorschriften für die Ausführung von Anlagen zur Benutzung der Stadtwasserkunst vom 6. Februar 1888 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner

Herr Otto Städter,
Gohlis, Lindenthaler Straße Nr. 2,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 20. December 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 8063. Dr. Georgi. Wolfram.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die von uns unterm 12. October 1885 und bez. 27. Februar 1888 concessionirten beiden Dampfreinigungsapparate von dem derzeitigen Inhaber **Herrn Carl Gaudruck** durch Kaufvertrag auf

Herrn **Paul Richard Sickert** hier, Brüderstraße 41, übergegangen sind, und daß die dem Ersteren ertheilt gewesene Concession zum Betriebe jener Apparate in hiesiger Stadt auf Herrn Sickert übertragen worden ist. Zur Bewirkung giltiger Einträge über vorschriftsmäßig bewirkte Reinigungen von Bierrohrleitungen in die von den Inhabern pneumatischer Bierdruckapparate gemäß §. 8, Absatz 3 des Regulatives vom 24. Juni 1881 zu führenden Revisionsbücher ist jedoch Herr Sickert nicht berechtigt. Solche Einträge sind vielmehr bezüglich der Sickert'schen Apparate lediglich von dem hierzu von uns verpflichteten Maschinisten Herrn Heinrich Eduard Langbein zu bewirken.

Leipzig, den 17. December 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VIII. 3154. Dr. Georgi. Rfdt.

Ausschreibung

für den Neubau eines Schulgebäudes mit Turnhalle und Nebenanlagen in „Lindenau-Leipzig".

Es sollen zunächst
1) die Ausführung der Maurer- und Zimmerarbeiten,
2) die Anlieferung der Thurmarbeiten,
3) die Mitragen (Ankerbänder),
4) die Gasleitungsarbeiten und Schilder,
5) die Wasserleitungsarbeiten,
6) die Pflasterung

vergeben werden, und sind hierzu die Blankette gegen Erlegung der Copialgebühren in dem Bureau der Herren Architekten Ludwig & Hülßner, Leipzig, Mozartstraße 1 (links vom neuen Concerthaus), bei welchen auch die Zeichnungen und Bedingungen einzusehen sind, in Empfang zu nehmen.

Die Gebote sind bis 28. December a. Mittags 12 Uhr in das Gemeindeamt Lindenau (1. Obergeschoß) portofrei einzusenden.

Der Schulvorstand behält sich die Auswahl unter den Bewerbern oder die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Lindenau, am 21. December 1889.

Der Schulvorstand.
Gueck,
Vorsitzender.

Postschule Lommatzsch.

Billigste Vorbereitung für Leute von 14—20 Jahren zur mittleren Postcarriere (Gehilfen-Prüfung).
1jähriger Cursus; wenn erfolglos, 2. Cursus umsonst. Auskunft kostenfrei durch den Stadtrath zu Lommatzsch.

Die Thätigkeit des Reichstages.

Nach einer Arbeit von etwa sieben Wochen ist der Reichstag am 13. December bis zum 8. Januar vertagt worden, und die ihm bis zum Ablauf seines Mandats zugemessene Frist läuft am 21. Februar ab. Nach den bisherigen Erfahrungen ist kaum anzunehmen, daß die noch ausstehenden Arbeiten bis dahin bewältigt sein werden, es sei denn, daß die Etatsberathung in einem weit schnelleren Zeitmaß geführt wird. Es ist jedoch zu bedenken, daß die Etats für Militair und Marine, die Dampfersubventionsvorlage und das Socialistengesetz noch zu erledigen sind, und das kostet Zeit. Es ist überhaupt eine stets wiederkehrende Erfahrung, daß die Schätzung der Zeit, welche für parlamentarische Arbeiten erforderlich ist, fast immer hinter der Wirklichkeit zurückbleibt, und daß Sessionen oft Monate länger gedauert haben, als von der Regierung in Aussicht genommen war.

Der Schwerpunct der Verhandlungen des Reichstages lag vor Weihnachten in den Colonial-Angelegenheiten und in den Angriffen der Deutschfreisinnigen gegen die Zoll- und Steuerpolitik; nach Neujahr wird sich das Hauptinteresse auf die Verhandlungen über die Etats für Militair und Marine richten. Die Opposition wird voraussichtlich dafür sorgen, daß diese Verhandlungen sich in die Länge ziehen. Die Mehrheit des Reichstages hat das Streben, die vorliegenden Arbeiten ruhig und sachgemäß, ohne Ueberstürzung, aber auch ohne systematische Verzögerung zu erledigen. Die Freisinnigen sind von dem Vorwurf nicht zu entlasten, daß sie den Gang der Verhandlungen ohne Noth verlangsamt haben, und es ist offenkundig, weshalb das geschehen ist. Die Freisinnigen haben ihre Reden nicht sowohl für die Zwecke der parlamentarischen Thätigkeit als für die Wähler gehalten, aber allem Anschein nach nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden ihrer Partei.

Es ist den Freisinnigen nicht gelungen, die öffentliche Meinung gegen die Colonialpolitik der Regierung feindlich zu stimmen, im Gegentheil ist durch die Art der Angriffe der Beweis erbracht worden, daß es den Freisinnigen an stichhaltigen Gründen für ihre Gegnerschaft fehlt. Alle ihre Einwendungen sind, wie wir das im Laufe der Session auseinandergesetzt haben, auf das Ueberzeugendste widerlegt worden, als Haupteindruck ist aus den langen Verhandlungen über die Colonialfrage nur das Streben der freisinnigen Partei zurückgeblieben, die Colonialpolitik um jeden Preis zu tadeln. Nicht viel anders liegt das Verhältniß in der Zoll- und Steuerfrage, obwohl nicht verschwiegen werden soll, daß sich gegen die Höhe des Tabakzolls auch andere Stimmen erhoben haben, dagegen ist den Freisinnigen der Beweis nicht gelungen, daß die Zollpolitik an der Höhe der Lebensmittelpreise die Schuld trägt. Darauf haben andere Gründe eingewirkt, wie Viehseuchen und Mißernten. Besonders stark war der Mißerfolg, welchen der Abgeordnete Richter mit seiner Behauptung hatte, daß die Mehrzahl der Reichsangehörigen mit den bestehenden Zuständen im Reiche unzufrieden sei und daß die Zufriedenen sich nur auf eine kleine Zahl beschränken, welche allein die Vortheile der Lage genössen. Zufrieden mit ihrem Loose sind allerdings die allerwenigsten Menschen, aber die Art von Unzufriedenheit, welche der Abgeordnete Richter meint, ist von allen Staaten Europas im deutschen Reiche am wenigsten zu finden. Bei uns befindet sich glücklicher Weise, wie der Abgeordnete v. Bennigsen in sehr wirkungsvoller Form ausgeführt hat, Alles in erfreulichem Aufschwung begriffen, die gesammte Lebensführung aller Gesellschaftsclassen ist in den letzten Jahrzehnten eine ganz andere und wesentlich bessere geworden als früher, und die Bewohner des deutschen Reiches haben alle Ursache, mit ihrer Lage zufrieden zu sein. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß es in Deutschland nicht auch viel Noth und Elend giebt, aber keinesfalls mehr als anderswo.

Die deutsch-freisinnige Partei hat denn auch sehr wohl erkannt, daß die Vertretung ihrer Interessen durch den Abgeordneten Richter nicht geeignet ist, die Zahl ihrer Anhänger zu vermehren, und die Wirkung dieser Einsicht ist bei Gelegenheit der rein localen Angelegenheit der Niederlegung der Schloßfreiheit in Berlin zum Ausdruck gekommen. Der Abgeordnete Richter, welcher in seiner Zeitung im Gegensatz zu den Vertretern der Stadt Berlin und der öffentlichen Meinung der Reichshauptstadt sich dagegen erklärt und die Sache so dargestellt hatte, als ob die Agitation für die Niederlegung dieser Straße ganz andere Gründe als die vorgeschützten habe, hat von seinen eigenen Parteigenossen in dieser Angelegenheit die schärfste Zurückweisung erfahren, und diese wirkt zugleich auf die Ergebnisse seiner parlamentarischen Thätigkeit zurück. Für die freisinnige Partei wäre es allerdings ein werthvoller Gewinn, wenn die Parteileitung in andere Hände überginge, aber diese Einsicht der Parteigenossen kommt zu spät, um für die bevorstehenden Wahlen noch ihre Wirkung üben zu können. Für Das, was Richter im Reichstage gesagt hat, ist die Partei als solche verantwortlich und es läßt sich nicht ungeschehen machen, was er gesagt hat unter Verletzung von Empfindungen, welche der großen Mehrzahl des Volkes heilig sind.

Die Organe der freisinnigen Partei sind bemüht, die Sache so darzustellen, als ob ihre Aussichten für die Wahlen gut ständen, wir haben davon nichts bemerkt, und will es vielmehr scheinen, daß die Sache der Freisinnigen in den letzten Monaten während der Thätigkeit des Reichstages noch weit bedeutendere Einbuße erlitten hätte an Gewicht in der öffentlichen Meinung, als bisher. Daß einzelne Versammlungen, welche die Partei gehalten hat, zahlreich besucht waren, will nicht viel sagen, es fragt sich nur, wer die Zuhörer waren. Nun ist es ja eine bekannte Thatsache, daß solche Versammlungen, wenn sie nicht auf die Parteigenossen beschränkt sind, von einer großen Anzahl Neugieriger besucht zu werden pflegen, die vielfach noch nicht das wahlfähige Alter erreicht haben und daß der Beifall, der dort gespendet wird, mehr der Form gilt, in welcher der Redner seine Gedanken ausdrückt, als diesen Gedanken selbst, besonders wenn er zu dem wohlfeilen Mittel greift, das Interesse seiner Zuhörer durch schlechte Witze rege zu erhalten.

Die Sache der Ordnungsparteien hat durch den bisherigen Verlauf der Reichstagssession unberechenbaren Vortheil gehabt, es ist weiten Wählerkreisen zum Bewußtsein gekommen, daß ein großer Unterschied besteht zwischen den Interessen einer bestimmten Partei und denen der Gesammtheit, und es hat weder rechts noch links an Belegen dafür gefehlt, daß die Gesammtwohlfahrt durch die Ordnungsparteien am besten gewahrt ist. Unter den bestehenden Verhältnissen, wo die europäischen Mächte genöthigt sind, große schlagfertige Heere zu halten und auch ihre Marine der Höhe der Zeitansprüche anzupassen, können die Steuern nicht gering sein, aber selbst hohe Steuern sind von einem Volke leichter zu erschwingen, was in der Welt Vertrauen und Achtung genießt, in welchem Handel und Industrie blühen, als von den Angehörigen eines Staates, der im Innern ungesund ist und dessen Regierung ihr Leben nur durch gewagte Experimente zu fristen vermag. In diesem Falle befindet sich das deutsche Reich glücklicherweise nicht, Dank der Fähigkeit und Tüchtigkeit der leitenden Staatsmänner, seiner vortrefflichen Verwaltung und den hohen persönlichen Vorzügen seiner Kaiser und Fürsten trotz der unablässigen Bemühungen der freisinnigen Partei, der Gesammtheit die Freude an diesen Gütern zu verderben.

Leipzig, 22. December.

* **Das Leiden des Kaisers,** welches einen Aufschub der Reise nach Hummelshain verursachte, ist sicherem Vernehmen nach ganz unbedenklich und besteht in einer leichten Erkältung. Allerdings hat sich der Kaiser in der letzten Zeit wieder ungewöhnlichen Anstrengungen unterzogen und Jeder, der mit Gewehren umgeht, wird z. B. die körperliche Leistung, die Anforderungen an Arm, Schulter und Gesicht zu würdigen wissen, welche in der Angabe enthalten sind, daß der hohe Herr kürzlich wieder auf einer Jagd in einer kurzen Reihe von Stunden an tausend Schüsse abgegeben hat. Ist nun auch das gute Befinden des Kaisers von solchen Kraftleistungen, neben denen eine nie ruhende geistige Thätigkeit, die sorgsame Beobachtung regierungsgeschäftlicher und gesellschaftlicher Pflichten hergeht, unberührt geblieben, so dringt doch der Leibarzt Dr. Leuthold darauf, daß der Kaiser auch schon bei leichtem Unwohlsein, wie der gegenwärtigen Erkältung, sich größere Schonung auferlege.

* In den nächsten Tagen werden im Reichsgesundheitsamt unter Zuziehung der in Berlin wohnhaften Mitglieder der Pharmakopöe-Commission Conferenzen stattfinden, in welchen der endgiltige Text der neuen Ausgabe der Pharmakopöe festgestellt werden soll. Alle bisherigen Mittheilungen über deren Inhalt sind daher mindestens verfrüht und ungenau.

* In Folge der Erkrankung des Lieutenants Giese ist ein vom Reichskanzler gewünschter Besuch in Friedrichsruh unterblieben. Der Reichskanzler wird sich daher erst nach seiner Rückkehr nach Berlin, welche bald nach Neujahr erfolgen dürfte, über die Ereignisse in Mpwapwa und die dortige Lage mündlichen Bericht erstatten lassen.

* Mit besonderer Hartnäckigkeit erhalten sich in Pest Gerüchte über eine Ministerkrisis in Ungarn und den bevorstehenden Rücktritt des Ministerpräsidenten von Tisza. In den letzten Tagen wurde noch hinzugefügt, Tisza sei nach Wien berufen; man nannte sogar schon seinen Nachfolger, den Ackerbauminister Grafen Szapary. Als Urheber der Nachrichten gelten neben der ungarischen Opposition die antidualistische Partei in der Umgebung des Kaisers. Wenn indeß diese Kreise wirklich die Hoffnung hegten, daß Tisza's Stellung erschüttert sei, so wird diesen Träumen durch officiöse Verlautbarungen im Regierungsblatte „Nemzet" und in der „Budapester Correspondenz" ein Ende gemacht. Letztere versichert positiv, Ministerpräsident Tisza, der es als seine Pflicht erachtet, auf seinem Platze auszuharren, beschäftigt sich keineswegs mit Demissionsgedanken. Der Ministerpräsident werde, wie alljährlich, seitdem er Minister ist, in den ersten Tagen des Monats Januar sich nach Wien begeben, um anläßlich des Jahreswechsels bei dem Kaiser und den in Wien weilenden Erzherzogen Audienz zu nehmen und Namens der ungarischen Regierung seine Glückwünsche abzustatten.

* **Aus Paris, 18. December,** wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben:

Es war hier seiner Zeit mitgetheilt worden, daß Professor Wilhelm Loewenthal auf Einladung der argentinischen Regierung von hier nach dem La Plata-Staate gereist ist, um die gesundheitlichen Verhältnisse der neu angelegten wie der alten Ackerbau-Siedelungen europäischer Einwanderer einer wissenschaftlichen Prüfung zu unterziehen. Nach einem etwa über dreimonatlichen Aufenthalt in Argentinien ist Prof. Loewenthal nunmehr hierher zurückgekehrt und arbeitet jetzt an einem ausführlichen Berichte, der zwar zunächst für die argentinische Regierung bestimmt ist, aber von dieser oder dem Verfasser auch der Oeffentlichkeit übergeben werden wird. Prof. Loewenthal war von dem, was er dort sah, nicht immer erbaut. In vielen deutschen, belgischen und russischen Colonien (den argentinischen Colonie-Gründern ist jeder Einwanderer recht, er komme aus welchem Lande er wolle) fand er traurige, in manchen entsetzliche Zustände. Den Leuten war von den Zusagen, welche der Ansiedelungsvertrag enthielt, wenig oder nichts gehalten worden. Sie campirten monatelang im Freien, weil die ihnen versprochenen Häuser nicht erbaut waren, sie mußten müßig bleiben, weil man ihnen das versprochene Ackergeräth, Saatgut und Arbeitsvieh nicht lieferte, sie waren dem Hunger, der Krankheit, allen Unbilden der Witterung preisgegeben, und die Sterblichkeit unter ihnen war fürchterlich. Dabei wurden sie wie Gefangene gehalten und konnten sich bei Niemandem beschweren. Das war die Lage, die Professor Loewenthal an manchen Orten — namentlich in der Provinz Corrientes — antraf und in die er helfend eingreifen konnte. Er nahm sich der Einwanderer an, brachte in ihrem Namen kräftige Beschwerden zur Kenntniß der Leiter der Ansiedelungsunternehmungen, die vorgaben, von ihren Beamten hintergangen worden zu sein und von den Zuständen in den Siedelungen keine Kenntniß gehabt zu haben, und setzte es durch, daß die Unternehmer sich bestimmt verpflichteten, den Colonisten alles Fehlende unverzüglich zu liefern. Ueber seine Erfahrungen verfaßte Prof. Loewenthal bei seiner Rückkehr nach Buenos-Ayres einen kurzen Bericht für den deutschen Gesandten Freiherrn von Rotenhan und den deutschen Consul Dr. Förig, die ihn darum ersucht hatten und nun darüber wachen werden, daß den mit glänzenden Versprechungen nach Argentinien gelockten Einwanderern, so weit sie Angehörige des deutschen Reiches sind, auch ihr Recht wird. Der französische und belgische Gesandte erbaten sich ähnliche Berichte. Die Herren scheinen keine Ahnung von der Lage gehabt zu haben, in der sich ihre Staatsangehörigen in einzelnen Colonien befanden. Prof. Loewenthal's allgemeiner Eindruck scheint zu sein, daß die natürlichen Bedingungen erfolgreicher Besiedelung mit Europäern in Argentinien aufs Beste vorhanden sind, daß aber die menschlichen Einrichtungen, denen sich der Einwanderer anzupassen hat, recht Vieles zu wünschen übrig lassen. Gleichzeitig stellte er jedoch auch fest, daß die argentinischen Behörden den besten Willen haben, Uebelstände abzuschaffen, wenn sie ihnen nachgewiesen werden.

* Der Schweizer Bundesrath hat der Bundesversammlung den Vorschlag gemacht, zur Erinnerung an die Gründung der Eidgenossenschaft (1. August 1291) eine große nationale Feier zu veranstalten. Der Bundesrath denkt sich, wie die „Neue Zürcher Zeitung" mittheilt, diese Nationalfeier einerseits als Einzelfeier in sämmtlichen Cantonen, andererseits als eine centrale Gesammtfeier in der Bundesstadt Bern. Die erstere Feier soll am 1. oder 2. August 1891 stattfinden. Die Anordnung und Gestaltung derselben würde überall Sache der Cantone sein. Die Bundesfeier in der Bundesstadt soll mit der siebenten Säcularfeier der Gründung der Stadt Bern zusammenfallen. Die Organisation der Bundesfeier würde in die Hand eines größeren eidgenössischen Ausschusses gelegt werden. Die Durchführung der Bundesfeier würde ein besonderer in der Bundesstadt zu bildender Festausschuß zu übernehmen haben.

* In Korea sind einem Telegramm des „Standard" zufolge wieder Wirren eingetreten. Der Abschluß eines Handelsvertrags mit Japan gab der chinesischen Regierung ernsten Anstoß und es wurde jüngst ein erfolgloser Versuch gemacht, den König zu ermorden. An dem Complot sind angeblich mehrere hochgestellte Beamte betheiligt. Der König soll geneigt sein, zu Gunsten des Prinzen Minyonghik, der gegenwärtig als Verbannter in Hongkong lebt, abzudanken.

Militairisches.

* Nach einer dem „Figaro" entnommenen Nachricht, welche „La France militaire" vom 13. November 1889 bringt, gehen die Denkwürdigkeiten des Marschalls Mac Mahon über sein soldatisches und staatsmännisches Leben der Vollendung entgegen; die Handschrift wird aber nur in sechs Abzügen für die Familie des Verfassers und für ihn selbst vervielfältigt werden.

* Der in Frankreich alle drei Jahre zur Vergebung gelangende, zur Belohnung wissenschaftlichen Verdienstes bestimmte Preis Lecomte im Betrage von 50 000 Francs ist von der Akademie der Wissenschaften dem Erfinder eines rauchlosen Pulvers, Vieille, zuerkannt worden.

Marine.

* Die „The Naval and Military Record" berichtet, daß eines der unangenehmsten Erfahrungsergebnisse der letzten englischen Flottenmanöver die Ueberzeugung von der Schwierigkeit des Kohlenersatzes auf offener See sei. Es ist ungemein schwierig und zeitraubend, über Wasser von Schiff zu Schiff Kohlen einzunehmen. Da aber die rechtzeitige und ausreichende Erneuerung der Kohlenvorräthe während des Krieges zur Existenz-Frage besonders für die fern von einem heimischen Hafen thätigen Schiffe werden kann — in neutralen Häfen Kohlen einzunehmen, welche sicher als Kriegskonterbande, so gut wie Munition, gelten werden, dürfte nicht gestattet sein —, ergiebt sich die Wichtigkeit, einen vollkommeneren Modus, als den jetzt gebräuchlichen, zu finden, von selbst. Was vor Jahren schon bereits vorgenommene Versuche ergaben — eben die genannten Schwierigkeiten —, bestätigen die englischen Erfahrungen dieses Jahres aufs Neue: daß nämlich für seinen Thätigkeitsbereich und seine Thätigkeitsdauer ein in fremden Gewässern befindliches Kriegsschiff, vor Allem ein Kreuzer also, mit Sicherheit nur auf seinen eigenen Bordvorrath an Kohlen rechnen kann, daß die Construction daher darauf ausgehen muß, diesen möglichst groß zu gestalten zu können. Zu den Schwierigkeiten des Uebernehmens dieses Brennmaterials auf offener See kommt noch das Mißliche und Ungewisse, zu gegebener Zeit auf einem verabredeten Längen- und Breitengrade das zum Ersatz etwa ausgesandte Kohlenschiff zu finden, welches außerdem selbst jeder Zeit der Wegnahme durch feindliche Kreuzer ausgesetzt ist. Bei den englischen Manövern ist es in mehreren Fällen nicht gelungen, mehr als 12 Tonnen Kohlen in einer Stunde an Bord eines Schiffes überzunehmen, und es kamen Fälle vor, in welchen sämmtliche Schiffe der Manöverflotte in gleichem Zeitraum zusammen nicht mehr als 80 Tonnen einzunehmen im Stande waren. Auch die oben genannte Zeitschrift bestätigt, daß Lage und Beschaffenheit der Kohlenbunker in den meisten Fällen sowohl das Aufnehmen der Kohlen an sich, als auch die Entnahme und das Heranschaffen derselben an die Feuer erschweren und verzögerten. Von Seiten der Admiralität soll der hier berührten Frage große Bedeutung beigelegt werden und sollen ernste Bemühungen, Verbesserungen herbeizuführen, im Gange sein.

Elberfelder Socialistenproceß.

— **Elberfeld, 18. December.** Das Protokoll über die commissarische Vernehmung des Buchhändlers Ludwig Viereck in München besagt Folgendes: Nach vorgängiger Vereidigung wurde dem Zeugen die Frage vorgelegt, was ihm über die Organisation der socialdemokratischen Partei in Deutschland bekannt sei. Viereck erklärt, er sei lange Jahre als Redacteur und Abgeordneter in der socialdemokratischen Partei thätig gewesen, habe aber nie eine Parteithätigkeit entfaltet, welche irgendwie geheimnißvoll gewesen wäre. Nachdem er aber in Freiberg wegen Geheimbündelei mit neun Monaten Gefängniß bestraft worden sei, müsse er die Auskunft auf diese Frage verweigern. Die Organisation sei keine andere als die der übrigen Parteien. Welche Personen die Parteileitung gegenwärtig bilden, ist dem Zeugen nicht bekannt; die Befugnisse der Parteileitung seien dieselben gewesen wie bei allen anderen Parteien. Die Parteileitung habe sich in Rücksicht mit der Leitung des „Socialdemokrat" befunden, welche die Direction in einigen Fragen an sich zu reißen suchte. Den Aufruf zum St. Gallener Parteitage habe er nicht mit unterzeichnet, weil er gefunden habe, daß die im Auslande abgehaltenen Parteitage die gesammte Partei nicht repräsentiren und die vom „Socialdemokrat" vertretene Richtung vertraten. Von den Verhandlungen zu St. Gallen wisse er nur vom Hörensagen, eine officielle Nachricht von seiner Ausschließung sei ihm nicht zugegangen. Ueber die Organisation in München müsse er ebenfalls die Auskunft verweigern, im Geheimbunds-Proceß zu München sei er weder Angeklagter noch Zeuge gewesen. Auch über die Verbindung der Münchener Organisation mit der dortigen Parteileitung sei ihm nichts bekannt. Präsident: Zur Begründung der Anklage hat der Herr Staatsanwalt das Wort. Staatsanwalt Pinoff: Von manchen Seiten und speciell von Seiten der Angeklagten ist auch heute wieder angedeutet worden, daß Das, was Anderen erlaubt sei, ihnen zum Vorwurf gemacht werde, und daß sie deshalb in strafrechtliche Verfolgung gelangen würden. Ich halte es für meine Pflicht, diese Ansicht als durchaus unrichtig, als einen der schwersten Vorwürfe gegen die Justizbehörde zurückzuweisen. Nicht die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte, nicht Dasjenige, was allen anderen Staatsbürgern erlaubt ist, führt die heutigen Angeklagten auf die Anklagebank, sondern die langjährigen bewußten Handlungen gegen die Staatsgewalt, gegen die §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches, welche besondere strafrechtliche Normen für diejenigen Personen und Vereine vorschreiben, welche sich mit politischen Angelegenheiten befassen. Den allgemeinen Bestimmungen, welche die Staatsregierung zur Ueberwachung derartiger Personen vorschreibt, sucht man durch geflissentliche Uebertretung entgegenzuwirken. Der Staat hat allerdings ein wesentliches Interesse daran, daß alle die Organisationen, welche sich mit öffentlichen und speciell mit politischen Angelegenheiten befassen, daß diese Organisationen auch den gesetzlichen Bestimmungen für das Vereins- und Versammlungsrecht nachleben. Es soll eben dadurch verhütet werden, daß sich geheime Organisationen bilden, und daß diese einen staatsgefährlichen Charakter annehmen, und daß sie Bestrebungen verfolgen, welche direct gegen den Bestand des Staatswesens gerichtet sind. Ich muß nun constatiren, daß es sich, wie in allen Geheimbundsprocessen, auch in dem vorliegenden Falle um eine staatsgefährliche Organisation handelt, deren staatsgefährliche Endzwecke nach meinem Dafürhalten keinem Zweifel unterliegen. Wir haben wiederholt durch die Beweisaufnahme die Ueberzeugung gewinnen müssen, daß es sich in allen diesen geheimen, nicht angemeldeten Versammlungen um die Erneuerung einer geheimen Vereinsthätigkeit handelte, um eine Bethätigung derjenigen Ziele, welche zunächst vom Auslande angeregt und herbeigeführt sind, und welche die Socialdemokratie im Inlande zu einer internationalen staatsgefährlichen Einrichtung stempelten, und wer die Geschichte der letzten 20 Jahre verfolgt hat, weiß, daß es gerade die Angeklagten Bebel und Liebknecht gewesen sind, denen es gelang, die damals noch nationale Socialdemokratie in die Bahnen des internationalen Communismus überzuführen. Der Angeklagte Bebel hat selbst viel ehrliche Meinungsäußerungen, deren wir sonst leider in diesem Processe nicht viele gehört haben, gethan. Er war es, welcher erklärte, daß sein Kampf und der seiner Partei sich richte gegen die Monarchie, die bestehende Gesellschaftsordnung, die Religion, daß er anstrebe den Sturz der Monarchie, den Sturz der heutigen Gesellschaftsordnung durch den Communismus und den Ersatz der Religion durch den Atheismus. Es ist gewiß kein Zufall, daß in derselben Reichstagssitzung, in welcher Bebel diese Erklärung abgegeben hat, er sich auf den Standpunct der internationalen Revolution gestellt hat. Er hat in derselben Sitzung erklärt, daß er auf dem Standpunct des „Socialdemokrat" stehe in der Handhabung und Beurtheilung der gegen den Zar gerichteten Attentate. Unsere Verhandlungen ergeben, daß die Agitation, die von dieser Partei ausgeht, sich richtet auf die langsame, aber sichere und systematische Untergrabung der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Sie warnen vor Revolutionsmacherei und Putschen — wie sie sich ausdrücken —, sie sehen ihnen nicht principiell feindlich gegenüber, sie erachten nur die Zeit noch nicht gekommen. Sie geben genaue Anweisung, wie man den gesetzlichen Bestimmungen entgegenarbeiten und es derselben kann, daß man sich selbst strafrechtlicher Verfolgung entzieht. Sie erklären, daß die bestehenden Gesetze die Gesetze einer